

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 17. Juni 2025  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

**A 343 Anfrage Schumacher Urs Christian und Mit. über aktuelle Handelsbeziehungen, die Personenfreizügigkeit und die Hochschulfinanzierung des Kantons Luzern und die zu erwartenden Auswirkungen durch das EU-Rahmenabkommen / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Urs Christian Schumacher ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urs Christian Schumacher: Leider wurden die inhaltlichen Fragen zum EU-Rahmenabkommen nicht beantwortet, da der EU-Rahmenvertrag erst am vergangenen Freitag, dem 13. Juni 2025, veröffentlicht wurde. Die Anfrage ging Ende Januar ein und der Regierungsrat hat noch bis Ende Juli Zeit, um diese Pendenz zu erledigen. Schliesslich muss der EU-Rahmenvertrag zur Stellungnahme bis spätestens Ende Oktober vollständig analysiert sein, sind es doch insgesamt über 150 EU-Richtlinien und etwa gleich viele Detailregulierungen, die mit der Vertragsunterzeichnung umgesetzt werden müssten und die wohl alle in der einen oder anderen Form Auswirkungen auf den Alltag der Luzerner Bevölkerung haben. Aus der Antwort des Regierungsrates lässt sich immerhin bemerken: Erstens, der Kanton Luzern hat mit der EU ein markantes Handelsdefizit von 1 bis 1,5 Milliarden Franken und die EU profitiert somit von dieser Handelsbeziehung. Zweitens, die oft zitierte Medtechbranche hat trotz Handelshemmnissen einen stabilen Export in die EU und Exportschwankungen sind anderen Faktoren zuzuschreiben. Drittens, die Arbeitslosenquote bei den zugewanderten Fachkräften aus der EU ist höher als bei den Einheimischen. Viertens, 30 bis 40 Prozent der universitären Lehrbeauftragten kommen aufgrund der guten Arbeitsbedingungen bei uns aus der EU. Fünftens, der Anteil der Studierenden aus der EU im Kanton Luzern steigt kontinuierlich an. Sechstens, obwohl der Regierungsrat gewarnt hat, dass ohne EU-Rahmenvertrag die Teilnahme unserer Studierenden an EU-Lehr- und Forschungsprogrammen nicht mehr gewährleistet sei, scheint die Anzahl der Luzernerinnen und Luzerner, die in der EU studieren, nicht zu interessieren, da diese Zahl gar nicht erst erhoben wird. Für den Kanton Luzern ergeben sich aus diesen Eckdaten keine Argumente für eine dringende Verbesserung der Beziehung zur EU. Vielmehr scheint es sich um ein Alibi zu handeln, die lästige Mitsprache von Volk und Parlament mit einem supranationalen Gesetzesrahmen zu tilgen. Zu welchen Schlüssen man bei den zahlreichen Richtlinien und Regulierungen auf den 1800 Seiten kommen mag, letztlich ist der Mechanismus der dynamischen Rechtsübernahme eine Blackbox, die in Zukunft alle denkbaren und undenkbaren Forderungen der EU an die Schweiz und den Souverän zuliesse. Oder würden Sie einen Mietvertrag unterzeichnen, in dem sich der Vermieter vorbehält,

jederzeit die Bedingungen und Regeln einseitig seinen Bedürfnissen entsprechend dynamisch anzupassen und sich herausnimmt, den Mietzins hochzusetzen, wenn Sie seine geänderten Spielregeln nicht akzeptierten?

Milena Bühler: Wie aus der Antwort des Regierungsrates hervorgeht, sind Europa und der Kanton Luzern eng miteinander verflochten. Unser Standort floriert, die Luzerner Wirtschaft wächst, es entstehen neue Arbeitsplätze und wir verzeichnen einen klaren Zuwachs an Unternehmensansiedlungen, darunter auch zahlreiche internationale Firmen. Das Lieblingswort unseres Parlamentes lautet Fachkräftemangel. Die Personenfreizügigkeit bringt genau die qualifizierten Arbeitskräfte, die wir dringend benötigen: in den Spitäler, in der Pflege, in der Industrie und der Gastronomie. Diese Menschen aus der EU bezahlen hier Steuern, leisten ihre Beiträge, auch an die Sozialversicherungen, und tragen wesentlich zur Luzerner Volkswirtschaft bei. Wenn man also weiterhin das wirtschaftliche Wachstum fördert, so wie das die bürgerliche Politik tut, dann müssen wir auch akzeptieren, dass dies mit Zuwachs verbunden ist. Die Fachkräftezuwanderung ist kein Nebeneffekt, sondern eine Notwendigkeit. Wir können nur wirtschaftlich florieren, weil wir europapolitisch offen sind. Zum Schluss möchte ich auf die Bedeutung der Personenfreizügigkeit für uns junge Menschen hinweisen. Für uns bedeutet die Personenfreizügigkeit auch Freiheit, Reisen ohne Grenzkontrollen, Auslandsemester und Berufserfahrung im europäischen Raum. Fast 20 Prozent der Schweizer Studierenden absolvieren ein Auslandsemester. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass wir sowohl menschlich als auch beruflich von der Personenfreizügigkeit profitieren.

Guido Müller: Ich konzentriere mich auf einen speziellen Bereich der Antwort des Regierungsrates auf Seite 4. Wir haben heute Morgen von linker Seite gehört, dass unsere Steuerstrategie Schuld an den hohen Mieten und zu wenig Wohnraum usw. ist. Lesen Sie bitte die Seite 4. Dort wird ausgeführt, dass wir allein aus dem EU-Raum 1100 Studierende haben, die in Luzern wohnen, Miete bezahlen und Wohnraum nutzen. Hinzu kommen ungefähr 300 bis 400 Professoren. Es ist erstaunlich, dass 7,3 Prozent der Studierenden, aber fast 30 Prozent der Dozierenden an der Universität aus dem Ausland kommen. Man kann dabei von qualifizierter Zuwanderung sprechen, aber auch diese Personen benötigen Wohnraum. Airbnb nutzt auf dem Platz Luzern viele Wohnungen um. Sie haben in Luzern eine Initiative initiiert, um etwas dagegen zu unternehmen. Ich rufe Sie auf, einmal etwas wegen den anderen zu tun, die ebenfalls Wohnungen nutzen und der Schweizer Bevölkerung vorenthalten. Zum Schluss ein weiterer Punkt, der auf Seite 4 aufgeführt wird. Im Zusammenhang mit dem EU-Rahmenvertrag wird immer gelobt, dass die Schweizer Studierenden dank des Vertrags auch im Ausland studieren können. Das mag wohl stimmen. Dank der Antwort wissen wir mittlerweile, wie viele in den Kanton Luzern kommen, um zu studieren. Man weiss aber nicht, wie viele Luzerner Studierende im Ausland studieren. Ich bezweifle, dass diese Bilanz einigermassen aufgeht. Ich weiss aber, dass die Hochschulen und Universitäten zum Teil Probleme mit der Finanzierung haben. Das hat auch der Bund bemerkt. Deshalb hat er den Auftrag erteilt, die Studiengebühren zu erhöhen, gerade für ausländische Studierende, weil sie überproportionale Kosten generieren. Ich fordere die Regierung auf, diesen Auftrag möglichst zeitnah umzusetzen, damit wir wenigstens durch diese Zuwanderung in unser Bildungssystem nicht noch sehr hohe Kosten übernehmen müssen. Ich bezweifle nämlich, dass diese Studierenden in der Schweiz bleiben werden.

Agnes Keller-Bucher: Leider konnte die Hälfte der Fragen nicht beantwortet werden, weil die Eröffnung der entsprechenden Botschaft erst am letzten Freitag, dem 13. Juni 2025 erfolgte. Deshalb konnte auch nicht so kurzfristig über den Inhalt Auskunft gegeben werden. Die restlichen Fragen wurden aus Sicht der Mitte-Fraktion ausführlich beantwortet. Es ist sehr

interessant, diese zu lesen. Wir können daraus entnehmen, dass zwischen der Schweiz und der EU durchaus rege Handlungsbeziehungen in verschiedenen Handlungsfeldern bestehen. Die Zahlen können auf Lustat nachgelesen werden. Sie zeigen, dass auch der Kanton Luzern sehr davon profitiert. In den Jahren 2019–2023 hat sich die Zahl der Bürger aus dem EU-Raum im Kanton Luzern erhöht. Man sieht aber auch, dass daraus höhere Steuereinnahmen resultierten. Die Anfrage zielt auf die zu erwartenden Auswirkungen des EU-Rahmenabkommens ab. Diese Diskussion muss aus unserer Sicht aber auf nationaler Ebene im Detail erfolgen.

Sofia Galbraith: Zum Votum von Guido Müller: Ich bin ein Ratsmitglied mit doppeltem Migrationshintergrund und kam 1999 als Fachkraft in die Schweiz. Ich möchte nicht in den gleichen Topf geworfen werden wie die Ausländer, die scheinbar nur Kosten verursachen. Ich habe hier meine Pflichten wahrgenommen und meine Steuern bezahlt. Ich verwehre mich dagegen, in diesen Topf geworfen zu werden.

Thomas Alois Hodel: Mir ist nicht klar, weshalb man diesen EU-Rahmenvertrag tatsächlich unterzeichnen sollte. Im Vergleich mit der EU liegen wir beim Bruttoinlandprodukt (BIP) 30 000 Franken höher. Die Schulden in Prozent zum BIP liegen in der Schweiz bei 38,3 Prozent, bei der EU sind es 80,8 Prozent. Die Inflation beträgt in der Schweiz 0,7 Prozent, in der EU sind es gegenwärtig 2,3 Prozent. Dieser Wert lag auch schon bei 5 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in der Schweiz bei 2,5 Prozent, in der EU bei 15,2 Prozent. Diese Zahl kann auf unser sehr gutes duales Bildungssystem zurückgeführt werden. Wie stehen wir in Bezug auf den Umweltschutz da? In der Schweiz betragen die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf 3,7 Tonnen, in der EU sind es 5,6 Tonnen. Was die Bildung angeht, sind die Universitäten in der Schweiz sicher besser. Die Schweiz hat in den globalen Top-Ten mit der ETH eine Universität, die EU keine. Jetzt gibt es tatsächlich solche die finden, dass wir uns an die EU annähern oder ihr sogar beitreten müssen. Gemäss den gegenwärtigen Berechnungen hätten wir ungefähr sieben Sitze im EU-Parlament. Merken Sie, wie hoch Ihr Einfluss wäre? Deswegen müssen wir unbedingt frei bleiben.

Fabrizio Misticoni: Die Antworten des Regierungsrates sind teilweise sehr aufschlussreich und zeigen gut auf, wie global verflochten die Luzerner Wirtschaft ist, bzw. wie wichtig die EU als Exportmarkt für Luzerner Unternehmen ist. Gleichzeitig wird aufgezeigt, wie gross die Importe aus dem EU-Raum sind. Daraus folgt eine zentrale Aussage in der Antwort, die relevant für den Wirtschaftsstandort Luzern ist: «Die Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges mit der EU dürfte daher insbesondere den genannten Branchen ihr bisheriges Exportvolumen absichern und zusätzliches Potenzial eröffnen.» Es liegt mir fern, die Steuerdiskussion von heute Morgen nochmals aufzunehmen. Trotzdem weise ich auf die Antwort zu Frage 7 hin. Diese zeigt ebenso klar auf, dass auch in Bezug auf die Steuererträge ein nicht vernachlässigbarer Teil durch EU-Bürgerinnen und Bürger entsteht. Ebenso zeigt die Antwort zu Frage 6 auf, dass die Arbeitslosenquote bei EU-Bürgerinnen und Bürgern etwas höher, aber durchaus vergleichbar mit Schweizer Bürgerinnen und Bürgern ist.

Riccarda Schaller: Ich bin Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Schweiz. Ich möchte Thomas Alois Hodel aufzeigen, weshalb dieses Vertragspaket durchaus sinnvoll ist, denn er hat einen Zahlenvergleich angestellt. Aus den Zahlenvergleichen sehen wir, dass es der Schweiz gut geht und sie eine starke, gute und innovative Wirtschaft hat. Das heisst, dass wir auch ein gutes Bildungssystem haben. Wir haben das alles – und das ist entscheidend – aufgrund des bilateralen Weges. Die Schweiz hat diesen Erfolg auf dem bilateralen Weg zusammen mit ihren Partnern aufgebaut. Deshalb sind die Bilateralen III entscheidend. Sie haben das Ziel, die aktuellen bilateralen Verträge weiterzuführen, die unseren Wohlstand und unsere Sicherheit begründen. Die bestehenden Verträge werden damit stabilisiert und die

Beziehungen in den Bereichen weiterentwickelt, die unserem Wohlstand und unserer Sicherheit dienen werden. Das ist der Grund, weshalb das Vertragspaket für die Schweiz ein so wichtiger Schritt ist, wenn es um Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand und Stabilität geht.

Martin Wicki: Es wurde vieles gesagt und alles hat seine Berechtigung. Ich hoffe aber, dass der Freitag, der 13. Juni 2025 nicht zu einem schwarzen Tag wird. Die verschiedenen Punkte enthalten sehr viele Ideologien. Die Bilateralen enthalten durchaus gute Punkte und haben der Schweiz und unserer Wirtschaft geholfen. Im Moment kann aber nicht mehr von bilateralen Verträgen gesprochen werden. So heisst es nun, wenn uns etwas nicht passt, könnten Sanktionen ergriffen werden und die Schweiz müsste bezahlen oder etwas ändern. Das Interesse liegt bei der EU und sie bestimmt, was die Schweiz tut bzw. wie viel Geld sie bezahlen muss. Am Schluss geht es nur ums Geld. Erste Forderungen gibt es bereits, sei es von Frankreich oder Deutschland. Deshalb muss man sehr gut hinschauen und sehr vorsichtig sein. Ist der Schuh erst einmal zwischen der Tür, bleibt die Tür geöffnet und ist einfach zu öffnen. Das ist der Hauptgrund, weshalb sehr gut hingeschaut werden muss. Auch die Regierung ist gut beraten, die Verträge zu lesen und Stellung dazu zu nehmen. Es ist der Anfang von etwas, das uns noch bevorstehen könnte. Deshalb gilt es aufzupassen.

Urs Christian Schumacher: Wir haben sehr viel Allgemeines und Grundsätzliches gehört, der Teufel liegt aber bekanntlich im Detail. Meine Anfrage zielt darauf hin, Richtlinien und Regulierungen der EU für die Bürger in Luzern aufzuzeigen. Ich hoffe, dass wir dazu noch eine Antwort erhalten.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Die Zahlen und die Fragen, die wir beantworten konnten, sind deutlich. Die EU ist unsere wichtigste Partnerin – wirtschaftlich und gesellschaftlich. 17 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung im Kanton Luzern stammen aus dem EU-/EFTA-Raum. Diese Menschen leben hier, sie arbeiten hier und sie zahlen ihre Steuern hier. Sie leisten ihren Beitrag zu unserem Alltag, genauso wie es die Schweizer und Schweizerinnen und der restliche Teil der ausländischen Wohnbevölkerung tun. Insbesondere die Luzerner Wirtschaft wäre ohne die EU undenkbar. 64 Prozent unserer Exporte gehen in die EU – 35 Prozent allein nach Deutschland. Durch die Landwirtschaft, die allerdings nur einen kleinen Teil der Wirtschaftsleistung ausmacht, ungefähr 1 Prozent, werden 93 Prozent der Exportgüter in den EU-Raum exportiert. 73 Prozent unserer Importe stammen aus der EU, ein Drittel aus Deutschland. Kurz gesagt: Die EU ist Teil unserer Realität in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, im Alltag. Sie haben bemängelt, dass wir einige Fragen nicht beantwortet haben. Wie Sie selbst erklärt haben, hat der Bundesrat das Stabilisierungsabkommen und die einzelnen Abkommen zu Gesundheit, Strom und Lebensmittelsicherheit letzten Freitag veröffentlicht. Die vorliegende Anfrage muss bis Ende Juli beantwortet sein. Die Regierung muss sich aber damit auseinandersetzen. Um diese Fragen beantworten zu können, hätten wir eine Fristverlängerung beantragen müssen. In den Sommerferien führen wir keine Regierungsratssitzungen durch. Deshalb wäre es nicht möglich gewesen, die Fragen substanzell zu beantworten. Es liegt nun an allen, an der Wohnbevölkerung, den Parteien, den Verbänden und Organisationen, sich zu diesem Vertragspaket zu äussern. Die Vernehmlassung läuft bis Ende Oktober. Auch die Regierung wird sich selbstverständlich mit dem Vertragspaket auseinandersetzen und Stellung dazu beziehen.